



# Androsch und das „Prinzip Hoffnung“

■ Industrieller pocht auf Reformen und ein 3. Konjunkturpaket.

Wien. (kle) „Nur Kurzarbeit zu finanzieren und Leute in Frühpension zu schicken, ist ja noch kein wirtschaftspolitisches Konzept.“ Ex-SPÖ-Finanzminister Hannes Androsch, der sich seine Brötchen schon seit langem als Unternehmer verdient, hält ein drittes Konjunkturpaket angesichts der Krise für unbedingt notwendig. Bildung und Forschung müssten dabei im Fokus stehen. Denn gehe es darum, die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zu verbessern, „darf gerade dort am allerwenigsten gespart werden“, betonte Androsch am Dienstag.

„Das Heil besteht nicht in Strukturkonservierung.“ Eine solche „kostet nur Geld und Arbeitsplätze und hat Wohlstandsverluste zur Folge“, so der frühere Spitzenpolitiker vor Journalisten.

Österreichs Hochschulen bescheinigt Androsch Rückständigkeit: „Unsere Universitäten sind auf dem Niveau von 1999. Die Schweizer ziehen uns davon, und wir fallen zurück.“ Was die Ganztagschule betrifft, sieht der ehemalige Kreisky-Zögling die Republik überhaupt „60 Jahre hinterm Mond“.

Was ihm nicht minder tiefe Sorgenfalten auf die Stirn treibt (und das seit Jahren), ist „die schleichende De-Industrialisierung in Europa“. Nur mit einem breiten Reformschub könne man hier gegensteuern. Via Bundesstaats-, Gemeinde-, Schul- und Spitalsreform wären 20 Mrd. Euro einzusparen. Sollten diese Reformen nicht gelingen, wäre Österreich „unreformierbar“. Er selbst jedoch setze – frei nach Ernst Bloch – noch immer auf das „Prinzip Hoffnung“.

## Zwistigkeiten mit Voves

Innerparteiliche Sträube hat Androsch gerade mit dem steirischen SPÖ-Chef Franz Voves auszufechten. Voves wirft dem Industriellen vor, der SPÖ kurz vor der EU-Wahl geschadet zu haben – und zwar mit der Bekanntgabe von 300 Kündigungen beim steirischen Leiterplatten-Hersteller AT&S (wo Androsch Kernaktionär ist).

„In der Steiermark sind bereits 15.000 Menschen in Kurzarbeit und 10.000 arbeitslos geworden“, kontert Androsch. „Unsere 300 von AT&S können's nicht gewesen sein.“ Die SPÖ habe zu lange ihr Europa-Bekenntnis verdrängt, meint er zu deren Absturz. „Die Rufe nach neuen Vermögenssteuern waren auch nicht hilfreich.“ ■